

Nr. 906

03. Dezember 2008

**Heute mit folgenden Themen:**

- EU: Einigung auf progressives CO<sub>2</sub>-Limit für Pkw ab 2012
- Auto: Umweltschutz wird als Kaufargument immer wichtiger
- Höhere Zollfreimengen im Reisegepäck
- Grenzkontrollen zur Schweiz fallen weg
- Klimawandel: Tourismus vor wichtigen Herausforderungen
- Autozulieferer: Alarm wegen Wirtschaftskrise

**EU: Einigung auf progressives CO<sub>2</sub>-Limit für Pkw ab 2012**

*Bad Windsheim (ARCD)* – Die EU-Mitgliedsländer haben sich auf eine gestaffelte Einführung der CO<sub>2</sub>-Obergrenze von 120 g/km für neue Pkw geeinigt. Der ursprüngliche Vorschlag der EU-Kommission wurde damit den Forderungen der Autohersteller nach längeren Übergangsfristen angepasst. Dem Kompromiss zufolge sollen 65 Prozent der Neuwagen das Limit bereits in 2012 einhalten, 75 Prozent 2013 und 80 Prozent im Folgejahr, bis 2015 schließlich die gesamte Neuwagenflotte der EU den CO<sub>2</sub>-Grenzwert von 120 g/km erfüllen muss. Darüber hinaus haben sich Parlament und Ministerrat für 2020 bereits auf einen Zielwert von ehrgeizigen 95 g CO<sub>2</sub>/km geeinigt. Der Autoindustrie wird zudem entgegen dem Kommissionsvorschlag eingeraumt, nicht-motorische Innovationen, wie etwa bei Reifen und Klimaanlagen, in die CO<sub>2</sub>-Gesamtrechnung einzubeziehen. Ausnahmen gelten überdies für kleinere Fahrzeughersteller mit geringen Marktanteilen. Auch die Einführung von Strafzahlungen bei Überschreitung des Limits wurde von 2012 bis Ende 2018 gestaffelt: Fahrzeuge, die das Limit nur geringfügig überschreiten, werden in der Anlaufphase mit relativ geringen Strafzahlungen (5 Euro für das erste, 15 für das zweite und 25 für das dritte überschüssige Gramm CO<sub>2</sub> je Fahrzeug) belegt; erst ab dem vierten Gramm gelten helle 95 Euro pro Fahrzeug. Während die grüne EU-Fraktion den Kompromiss als „Blamage für die EU-Klimapolitik“ kritisierte, da Klimaschutzziele im Verkehrsbereich damit um zehn Jahre hinausgezögert würden, begrüßte der Berichterstatter des EU-Parlaments Guido Sacconi (SP) die Einigung als „sehr zufriedenstellend“. Da die EVP-Fraktion ihre Unterstützung bereits zugesagt hat, dürfte der Annahme des Kompromisses durch das Parlament noch vor Weihnachten aus Sicht des ARCD nichts mehr im Wege stehen.

**ARCD**

**Auto: Umweltschutz wird als Kaufargument immer wichtiger**

*Bad Windsheim (ARCD)* – Umweltverträglichkeit wird für Neuwagenkäufer in Deutschland immer mehr zu einem wichtigen Kriterium bei der Auswahl ihres Fahrzeugs. Dies ergab eine aktuelle Studie des Marktforschungsinstituts Maritz Research im Herbst 2008 bei 1000 Neuwagenbesitzern. Von ihnen sagten 76 Prozent, dass für sie das Thema Umweltschutz mit ausschlaggebend für ihre Kaufentscheidung war, bei Frauen waren es sogar 80 Prozent. In einer Umfrage der Nürnberger Marktforschung PULS vom Frühjahr dieses Jahres hatten nur 32,8 Prozent der Befragten Ökogründe angegeben. Allerdings wurde in dieser Studie nur nach



# Presse-Information

dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß gefragt und nicht nach der Umweltverträglichkeit allgemein, zudem antworteten Kaufinteressenten und nicht aktuelle Neuwagenkäufer. Wichtig für den Kaufentscheid bleiben laut Maritz-Untersuchung Argumente wie Fahrzeugsicherheit (97 Prozent), Qualität (94 Prozent), Kraftstoffverbrauch (92 Prozent), Preis (91 Prozent) und die Höhe der Unterhaltskosten (87 Prozent). Auf den hinteren Plätzen landeten Design (60 Prozent) und Markenimage mit 33 Prozent der Nennungen. Es konnten mehrere favorisierte Kaufgründe genannt werden. „Deutsche Autofahrer haben ein zunehmend pragmatisches Verhältnis zu ihrem Fahrzeug“, kommentiert Christian Vorwerck von Maritz Research die Ergebnisse. „Preis und Qualität siegen über emotionale Gründe wie Aussehen und Marke“. Für den Auto- und Reiseclub Deutschland (ARCD) sind diese Erkenntnisse aber offenbar noch nicht in allen Marketing-Abteilungen angekommen, wie ein Blick auf die Anzeigenwerbung der Hersteller zeige. **ARCD**

## **Höhere Zollfreimengen im Reisegepäck**

*Bad Windsheim (ARCD)* – Seit 1. Dezember gelten für Reisende neue Höchstgrenzen bei der Einfuhr von Waren und Reisemitsbringseln aus Drittländern der EU und Steuerfreizonen wie den Kanarischen Inseln. Der bislang geltende Freibetrag von 175 Euro wurde für See- und Flugreisende auf 430 Euro, für Reisende im Straßen- und Binnenwasserverkehr auf 300 Euro angehoben. Die Höchstmengen für Parfum, Eau de Toilette, Kaffee und Tee wurden abgeschafft, die Freimenge für Wein (ausgenommen Champagner und ähnliche Schaumweine) wurde von 2 auf 4 Liter erhöht. Für Bierliebhaber gilt fortan gar eine Höchstmenge von 16 Litern. Diese Mengen können nun zusätzlich zu 1 Liter „harter“ Getränke über 22 % Alkohol oder 2 Liter unter 22 % eingeführt werden. Für Treibstoff gilt: Ein voller Tank und maximal zusätzlich 10 Liter im Kanister sind zollfrei erlaubt. Für alles, was über diesen Werten liegt, muss eine Zollgebühr und eventuell die Mehrwertsteuer entrichtet werden. Neu ist allerdings auch, dass die Mitgliedsstaaten niedrigere Mengen bei Tabakwaren festsetzen können. Im Rahmen der nationalen Gesundheitspolitik können die Freimengen für Tabakerzeugnisse auf 40 Zigaretten (oder 20 Zigarillos oder 10 Zigarren oder 50 g Tabak) herabgesetzt werden. Für die Einfuhr nach Deutschland gilt aber nach wie vor: maximal 200 Zigaretten oder 100 Zigarillos oder 50 Zigarren oder 250 g Tabak. Der geringere Freibetrag für Reisende im Straßen- und Flussverkehr soll eine intensive Einfuhraktivität an jenen Landesgrenzen zu Drittstaaten unterbinden, deren Preisniveau erheblich unter jenem des angrenzenden EU-Landes liegt. **ARCD**

## **Grenzkontrollen zur Schweiz fallen weg**

*Bad Windsheim (ARCD)* – Rechtzeitig vor dem Start in die Wintersaison wird die Schweiz in den europäischen Schengenraum des freien Personenverkehrs einbezogen. Nach jahrelangen Verhandlungen hat der EU-Ministerrat in Brüssel grünes Licht für offene Landesgrenzen ab dem 12. Dezember zwischen der Schweiz und den EU-Mitgliedsländern gegeben. Zollkontrollen wird es im gesamten Schengenraum bis Ende März 2009 nur noch an Flughäfen geben. **ARCD**

## **Klimawandel: Tourismus vor wichtigen Herausforderungen**

*Bad Windsheim (ARCD)* – Des einen Freud, des anderen Leid: So könnte man die Folgen beschreiben, die der weltweite Klimawandel für die Tourismusindustrie mit sich bringt. Es gibt



# Presse-Information

keinen wissenschaftlichen Zweifel mehr, dass die Erderwärmung fortschreitet. Die Europäische Union hat sich darauf geeinigt, die globale Erderwärmung auf maximal 2°C begrenzen zu wollen. Dazu sei allerdings „eine Stabilisierung der globalen Emissionen bis zum Jahr 2015 sowie deren Reduktion um mindestens 80% bis zum Jahr 2050 notwendig“, sagte Prof. Dr. Manfred Stock vom Potsdamer Institut für Klimaforschung auf einer Tagung des Deutschen Tourismusverbandes (DTV) zum Thema „Klimawandel fordert Tourismuswandel“ in Berlin. Der heiße Sommer 2003 mit verdurten Feldern, Niedrigwasser in Flüssen und über 80.000 zusätzlichen Hitzetoten in Europa könnte nach den Worten Stocks ein Modell dafür sein, was künftig ab 2040 eher ein normaler oder, ab 2060, ein kühler Sommer in unseren Breiten sein könnte. Insbesondere der Wintertourismus in den Mittelgebirgen werde dabei von der Temperaturzunahme betroffen sein, aber auch in höheren Lagen zwischen 750 – 850 m könne ein Rückgang der Tage mit hinreichender Schneedecke erwartet werden. Im Sommer profitiere der Tourismus in Deutschland prinzipiell von höheren Temperaturen und einer Saisonverlängerung. Vor den indirekten Folgen der Klimaveränderung warnte Prof. Dr. Daniel Scott von der University of Waterloo in Kanada. Dazu zählten Änderungen in der Verfügbarkeit von Wasser, Verlust von Artenvielfalt, veränderten Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft (Bauernhoftourismus, Weingüter), Küstenerosion und –absenkung, Schäden an der touristischen Infrastruktur sowie Gesundheitsrisiken durch die Ausbreitung von Krankheitsüberträgern. Gebirgs-, Insel-, und küstennahe Destinationen stuft Scott als besonders verwundbar ein, genauso wie den Bereich des naturnahen Tourismus. Die 200 Teilnehmer der Tagung waren sich darüber einig, dass sowohl von den Tourismusanbietern als auch von den Nachfragern einschneidende Anpassungsstrategien und Verhaltensänderungen kommen müssen. Eine Reihe von Fallbeispielen aus Deutschland und der Schweiz für umweltverträglichen Tourismus zeigen, dass auf der Anbieterseite ein Umdenken einsetzt. Dass auch auf der Nachfragerseite, also bei den Touristen, mehr Klimaverantwortung erforderlich ist, beweist eine repräsentative Studie der Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen (F.U.R), aus der Wolfgang Günther vom Institut für Tourismus- und Bäderforschung in Nordeuropa zitierte. Danach reagiere bisher nur eine Minderheit der Urlauber mit Verhaltensänderungen beim Reisen. Die Bereitschaft dazu sei im Urlaub deutlich geringer als im Alltag. Die Mehrheit der Urlaubsreisenden stehe laut Umfrage klimaschonenden Verhaltensoptionen im Urlaub nach wie vor ablehnend gegenüber. „Alle Akteure“, sagte Moderator und Fachjournalist Jürgen Vogt, „müssen sich dem Klimawandel anpassen, um Risiken zu mindern und von Möglichkeiten zu profitieren“. Man werde „nicht gleich sterben“, aber die Tourismusbranche müsse das Thema sehr ernst nehmen. **ARCD**

## **Autozulieferer: Alarm wegen Wirtschaftskrise**

**Bad Windsheim (ARCD)** – Bei seinem Treffen mit Bundeswirtschaftsminister Michael Glos Anfang dieser Woche in Berlin warnte Matthias Wissmann, Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), vor der zunehmenden Gefahr für die gesamte automobile Wertschöpfungskette durch die Finanzmarktkrise. „Die Auswirkungen auf die Zulieferindustrie werden immer dramatischer und gefährden Investitionen und Arbeitsplätze in Deutschland“. Mit den vorgelagerten Industrien hingen über eine Million Arbeitsplätze von den Zulieferern ab. Das Wichtigste sei jetzt, das Vertrauen wieder herzustellen. „Die Menschen wollen Klarheit, wie es weitergeht mit der CO<sub>2</sub>-basierten Kfz-Steuer“, sagte Wissmann. Sorge bereiteten den Unternehmen fehlende Kredite und das Streichen von Kreditversicherungen durch die Banken.



# Presse-Information

Der „Rettungsschirm“ der Bundesregierung für die Banken müsse daher auch auf den Bereich der Kreditversicherer ausgedehnt werden, mahnte Wissmann. Nach Berechnungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft (iw) schuf der Automobilsektor in Deutschland zwischen September 2007 und 2008 rund 21.000 neue Arbeitsplätze. Dieser Anstieg geht indes zum größten Teil nicht auf die Kraftfahrzeugproduzenten selbst zurück, sondern auf die Karosseriebauer und Zulieferer. Die Hersteller von Airbags, Achsen und Auspuffrohren waren mit 15.000 neuen Arbeitsplätzen beteiligt, die Autobauer selbst mit 6.000 neuen Stellen. Offenbar habe die Branche die Erfolgszahlen der letzten Jahre zu optimistisch in die Zukunft hochgerechnet, kritisiert der Auto- und Reiseclub Deutschland (ARCD). Es bleibe zu hoffen, dass die „Auto-Blase“ nicht nach dem Muster der „Internet-Blase“ platzt. Verhindern könnten dies vor allem die Verbraucher, wenn sie neue Autos kaufen. Dazu bräuchten sie in der jetzigen Situation aber finanzielle und steuerliche Anreize, zum Beispiel durch die Wiedereinführung der vollen Pendlerpauschale, durch mehr Planungssicherheit bei der Kraftfahrzeugsteuer und durch eine ermäßigte Mehrwertsteuer auf die Autopreise, gibt der Club zu bedenken. **ARCD**

